

Montag, 08.02.2010

# Handelsblatt

» Artikel drucken  
» PDF generieren

SICHERHEITSKONFERENZ

07.02.2010

## Gefahr für die Lebensadern der Volkswirtschaften

**Rohstoffsicherung, Piraterie, Pipelines – wirtschaftliche Interessen rücken noch stärker in den Fokus der internationalen Sicherheitspolitik. Gerade der Klimawandel verschärft strategische Konflikte um Ressourcen. Der Kampf darum wird härter, zu Land und zu Wasser.**

von Andreas Rinke



Der Kampf um Rohstoffe wird sich in Zukunft verschärfen. Quelle: dpa

HB MÜNCHEN. Der Schutz wirtschaftlicher Interessen rückt immer mehr in den Fokus der internationalen Sicherheitspolitik. „Wir werden einen wachsenden Wettbewerb um natürliche Ressourcen und Konflikte über Agrarflächen erleben“, warnte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz. Auch neue, gegen die Wirtschaft und Staaten gerichtete Cyber-Attacken erforderten neue Antworten. „Statische, schwere Waffen machen keinen Eindruck auf Terroristen, Piraten und Computer Hacker.“ Wie Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Industrievertreter forderte er ein Umdenken in der Sicherheitspolitik.

Strategische wirtschaftliche Konkurrenz werde künftig zudem immer stärker durch den Klimawandel ausgelöst, warnte zu Guttenberg. So drohe in der Arktis ein Konflikt um die dortigen Gas- und Ölvorkommen,

die durch das schmelzende Polareis nutzbar würden. „All diese Themen rücken ins Zentrum der vitalen Interessen von Gesellschaften.“

Die Verbindung zwischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen beeinflusst auch die anstehende Debatte um eine neue Nato-Strategie, die nach Vorstellung der US-Regierung im November beschließen sollen. Zwar dominieren derzeit noch traditionelle Themen wie das Verhältnis zu Russland oder Afghanistan. Aber die US-Regierung befürwortet, dass sich die Nato weltweit sehr viel aktiver um Themen wie die Energieversorgung kümmern sollte. Auch osteuropäische Staaten wie Polen hatten immer wieder gefordert, die Sicherheit der Gasversorgung aus Russland müsse Thema für ein Sicherheitsbündnis wie die Nato sein.

Experten warnen, dass sich Militärs und Regierungen auch mit der Frage beschäftigen müssen, wie die wachsende Zahl großer, grenzüberschreitender Projekte wie etwa Pipelines vor terroristischen Anschlägen geschützt werden kann. Erst am Sonntag griffen in Nigeria Rebellen eine Ölpipeline der Firma Shell an. In München warf der Verteidigungsminister Singapurs zudem die Frage auf, welche Gefahr von der wachsenden Zahl an Schiffstransporten mit Öl, Gas und Uran ausgehe. Hintergrund sind Piratenattacken auf wichtigen weltweiten Schifffahrtsrouten wie vor Somalia.

Tatsächlich führt die veränderte Debatte nicht nur zu den vom Nato-Generalsekretär geforderten

neuen Ausrüstungsplanen der Armeen. Zumindest bei der Piratenbekämpfung zeichnet sich mittlerweile eine neue Form der Zusammenarbeit internationaler Militärs ab. So beteiligt sich China an der Koordinierung der internationalen Flotte vor Somalia. Auch Russland wolle sich mit EU und Nato kurzschließen, deutete EU-Außenministerin Catherine Ashton in München an. Seit Monaten warnt Ulrich Grillo, Chef des Ausschusses Rohstoffpolitik des BDI, dass man auch andere Aspekte der Rohstoffversorgung beachten müsse. So besitze China ein Quasimonopol für die Weltversorgung mit seltenen Metallen wie Wolfram oder Neodym.

Kurt Lauk, Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, kritisierte die fehlende Diskussion über die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Finanzkrise. „Dabei geben Staaten derzeit so viel zur Bankenrettung aus, dass zwangsläufig die Verteidigungsausgaben sinken müssen“, sagte Lauk. „25 Prozent der armen Staaten sind nicht mehr in der Lage, ihr Staatsgebiet völlig zu kontrollieren.“ Es fehle an Geld, um Sozialausgaben zu zahlen oder putschfreudige Militärs zu befrieden. Der Bundesnachrichtendienst hatte bereits 2009 vor der Gefahr eines Zusammenbruchs von Staaten in Folge der Wirtschaftskrise gewarnt.

Der enge Zusammenhang von Finanz- und Sicherheitsfragen wurde aber in München nur am Rande erwähnt. So forderte der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, James Jones, das Europäische Parlament auf, das Swift-Abkommen zum Austausch von Bankdaten passieren zu lassen. Dies sei wichtig, um die Finanzierungsströme von Terrorgruppen unterbinden zu können. Lauk wies noch auf einen anderen Aspekt hin. „Die USA sind heute finanziell abhängig von China. Was dies für den Streit um Taiwan und andere Konflikte bedeutet, wird noch gar nicht offen diskutiert.“

---

© 2009 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv | Schlagzeilen

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende Nutzungshinweise, die Datenschutzerklärung und das Impressum.